

Weil sie eine anonyme Koalitionsparterie der Marx-Stresemann-Regierung ist. Nicht zufällig gerade bei Hilferding für Stresemann das Wort ergreifen und weil sie wußten, daß die Reichstagsauflösung nicht jenen Sieg bringen würde, von dem sie laut mit vollen Tönen und in allen Ecken trompetet haben.

Die SPD. wird in den kommenden Wochen und Monaten Oppositionspartei mimen, nachdem der Bürgerblock ihre Zukunft gegeben hat. Sie dürfte zustimmen, das Beträgnis vom der Regierung auszusprechen, aber damit ist ihre Funktion erledigt, bestimmen werden die anderen die Deutschnationalen. Die SPD. wird versuchen, Oppositionspartei, Opposition im Interesse der Arbeiterklasse vorzutauschen. In der Schulfrage aber beginnen sie schon zu wackeln. Und so werden sie bei jeder praktischen Frage vor die Entscheidung gestellt, die Arbeiterklasse um Kampfe zu führen, um bessere Lebensbedingungen oder bebingungslos das Diktat der Bourgeoisie zu schulden, vor der Bourgeoisie zurückweichen. Denn jeder Kampf der Arbeiterklasse für höhere Löhne und um bessere Arbeitszeit erschüttert das Gebäude des Dawes-Planes.

Der Bürgerblock kommt, die verschärfte Kapitaloffensive kommt. Die Sozialdemokraten werden wir sehr bald wieder auf's Gabeln stecken lassen. Um die Löhnen von sich abzuwälzen, um den Kampf um bessere Lebensbedingungen zu führen, braucht die Arbeiterklasse vor allem starke einheitliche Gewerkschaften. Die Kommunisten kämpfen seit vielen Jahren dafür. Die Sozialdemokraten sind die Treiber der Spaltungspolitik der Gewerkschaftsbureaucratie. Die Voraussetzung für den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Bürgerblock, gegen die Ausmirierungen des Londoner Abkommens ist die Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaften. Mögen die Sozialdemokraten zeigen, daß sie für die Einheit der Gewerkschaften eintreten. Die SPD.-Arbeiter werden ihnen, daß es für die sozialdemokratische Partei nichts gibt, das sie mehr fürchten, als die einheitlichen Gewerkschaften.

Wenn die revolutionären Arbeiter, wenn die kommunistischen Arbeiter in den Gewerkschaften sind, dann ist es viel schwieriger, die Arbeitermassen zum Kampfe zurückzuführen, als wenn man die Gewerkschaften kommunifizieren gemacht hat. Die SPD. will der Arbeiterklasse weismachen, daß der Widerstand der Kommunisten gegen das Londoner Abkommen denselben Motiven entspringe wie die Salbung der Deutschnationalen und der Deutschnationalen.

Die sozialdemokratische Partei weiß genau: die Deutschnationalen und Deutschnationalen wollen den Revanchekrieg für die deutsche Bourgeoisie, die Kommunisten wollen den Klassenkrieg gegen das deutsche und internationale Kapital.

Warum ergreift sich die SPD. in einer wüsten Heberei und Schmeierei, warum überschreit sich der „Vorwärts“ so, daß ihm die Luft schon vergangen ist? Sie wissen, wir stehen vor schweren ökonomischen Krisen, vor neuen Kämpfen. Ehe der Dawes-Plan verwirklicht ist, fracht er schon in allen Jagen, und deshalb muß man gegen die Kommunisten vorgehen, um die Aktivität der Arbeiterklasse zu töten.

SPD.-Arbeiter, denft daran!

Aufhebung des Koalitionsrechtes

Die bairische Regierung hat durch das Generalstaatskommissariat vom 25. Januar 1924 folgende Anordnung des Gesamtministeriums vom 18. Februar 1924 veröffentlicht: Die Anordnung lautet:

- § 1. Anbau und Anszüchtung sind in Kranenbäumen, Zier- und Hagezweigen, in landwirtschaftlichen Betrieben während der Zeit der Saat und Ernte der für die Ernährung der Bevölkerung notwendigen Feldfrüchte, in Betrieben zur Gewinnung, Behandlung und Verteilung der Milch, in den dem öffentlichen Verkehr dienenden Unternehmungen und in den Betrieben zur Bereitung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität verboten.
- § 2. Jede Feilbietung, die darauf gerichtet ist, diese Betriebe und Unternehmungen zu zerstören, zu beschädigen, widerrechtlich stillzulegen oder zu hemmen, ist verboten.
- § 3. Wer den Vorschriften in den §§ 1 oder 2 zuwiderhandelt oder hierzu anfordert oder anreizt, wird mit Gefängnis und mit Geld bestraft. Der Versuch ist strafbar. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus. Todesstrafe tritt in diesen Fällen ein, wenn durch die Straftat das Ableben eines Menschen verursacht worden ist.
- § 4. Mit den in § 3 angebrochenen Strafen wird ferner bestraft, wer einen Beamten, Angestellten oder Arbeiter wegen seines Arbeitswillens, wegen seiner vaterländischen oder politischen Gesinnung oder Beilassung oder wegen seiner Zugehörigkeit oder Mitgliedschaft zu einer politischen oder berufständlichen Vereinigung mißhandelt, bedroht oder wirtschaftlich schädigt, oder wer aus diesem Grunde eine dieser Handlungen gegen einen Angestellten (§ 52, Abs. 2 StrGB), des Beamten, Angestellten oder Arbeiters oder in eine in dessen Hausstand aufgenommenen Person vornimmt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ vom 29. August 1924 läßt sich darüber das Wasser im Munde zusammenlaufen. Sie schreibt hierzu:

„Streikrecht in der Landwirtschaft“
Daß von kommunikativer und teilweise sozialistischer Seite dahin gearbeitet wird, um nach während der Ernteperiode größere landwirtschaftliche Streiks auszusetteln, ist bekannt. Der Reichslandbund hat sich deshalb wiederholt an die zuständigen Regierungsstellen mit der Bitte gewandt, durch entsprechende Maßnahmen die Ernte und Herbstbeilegung zu sichern. Bisher vergeblich! Daß solche Regierungsmaßnahmen möglich sind, zeigt Bayern...“

Es ist doch bemerkenswert, daß Bayern nicht Deutschland ist. Nur Gebuld! Wir sind auf dem besten Wege. Was Ebert in Bayern zuließ, das wird er bald über das ganze Deutschland hinweg verordnen. Es wird dann nicht nur die Todesstrafe verhängt, wie im § 3, wenn die Ärzte im Kranenhaus während eines Streikes einen Kranken haben sterben lassen und dann sämtliche Streikende aufgehängt werden, es wird dann ganz fälsch heißen: wer freizit, wird am ersten besten Baum aufgehängt.

Aber paßt auf, Ihr Herren! Vielleicht baumelt Ihr schon vorher!

Der Hostenlaufs Hilters. Hiltler wird, wie die bürgerliche Presse mittelt, am 1. Oktober aus der Stellung Landesberg entlassen werden, weil er nur ein halbes Jahr Stellung zurücktritt erhalten hätte. Mit der Freilassung Hilters wird auch in der nationalsozialistischen Bewegung eine Klärung darüber erfolgen, welcher Seite Hiltler sich anschließen wird, ob der neugegründeten Großdeutschen Volksgemeinschaft oder der parlamentarischen Gruppe, in der Ludendorff steht.

Die Rhein-Ruhr-Gesangenen entlassen. Es ist eine Verfügung des Kommandierenden Generals der Rheinarmee Degoutte an die französischen Divisiongenerale ergangen, wonach die politischen Gesangenen sofort zu entlassen sind.

Der Internationale Jugendtag

In Halle Maffenbeteiligung — Polizeiprovoaktionen

Der 10. Internationale Jugendtag der Kommunistischen Jugend fand in Halle unter sehr harter Beteiligung der proletarischen Jugend statt. Aus den umliegenden Dörfern zogen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen mit wachsenden roten Fahnen zum „Volksplatz“, wo schon der Tag durch ein großes Maffenmeeting eingeleitet wurde. Der große Volksplatz war bis auf den letzten Platz besetzt.

Nach der Kundgebung bewegte sich ein harter Demonstrationzug nach dem Stadionsplatz. Die Polizei versuchte den Demonstrationzug zu sprengen, trotzdem wurden die Straßen von den revolutionären Jugendproleten besetzt. Bei den Zusammenstößen wurden fünf Jugendliche verletzt, welche nach Feststellung des Namens wieder entlassen wurden.

Nach einer Nachmittagsveranstaltung im Garten des „Volksplatzes“ fand abends die Schlußkundgebung des wichtig verlaufenen Jugendtages statt.

Teilgen 6. Febr. 8. September.
Auch hier waren die Jugendlichen dem Aufre der Kommunistischen Jugend in Massen gefolgt. Ein harter Demonstrationzug bewegte sich mit fliegenden Sowjetfahnen durch die Straßen der Stadt. Die Polizei ging gegen die Demonstrationsteilnehmer mit großer Brutalität vor. Auch hier wurden zwei Verhaftungen vorgenommen.

Milfberg a. S. 8. September.
Die revolutionäre Jugend war dem Aufre der Kommunistischen Jugend in Scharen gefolgt. Mit fliegenden roten Fahnen durchzogen die Jugendlichen das Städtchen. Die Demonstration wurde gestoppt und drei Genossen verhaftet, die später entlassen wurden.

Im Reich! Heberall Polizeiprovoaktionen

Am Sonntagvormittag veranstaltete die Kommunistische Jugend mehrere Maffenkundgebungen um Internationalen Jugendtag. Am Nachmittag fand eine ungeheure Maffenkundgebung der Jugend unter freiem Himmel auf der Berliner Spielwiese statt. Nach Beendigung der Kundgebung zog die Jugend in mehreren Demonstrationstrüben ab durch die ganze Stadt. Die Schutzpolizei versuchte verheißentlich, die Demonstrationen aufzuhalten. Mehrere Schußwunden, die sich den Jagen zugefügt hatten, wurden verarztet. Eine Anzahl Jugendgenossen wurden verhaftet.

Die anfänglich des 10. Internationalen Jugendtages veranstalteten Kundgebungen der Kommunistischen Jugend sind sehr unruhig ver-

laufen. Die Polizei trieb die Jugendlichen mehrmals auseinander. Es gelang der Jugend aber schließlich, nach einem Vorstoß Eberfelds vorzudringen. Aber hier trieb die Polizei sie an, nach im östlichen Teil der Jagen weg und verhaftete mehrere Jugendliche genossen.

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 8. September.
Der 10. Internationale Jugendtag wurde durch zwei große Kundgebungen der proletarischen Jugend beantragen. Während die eine Kundgebung ruhig verlief, gel sich die Reichstagspolizei in Maffingen vor ihrer uralten Seite gezeigt. Mit drei Autos im Eipo angeführt und hat das Rathaus besetzt. Dort wurden Maffenkundgebungen abgehalten. Die Kommunistische Jugend sollte sich nach ihren Kundgebungen, die von der Polizei gewaltsam aufgelöst worden waren, an einer proletarischen Parteiveranstaltung beteiligen. Die Polizei trieb sie den nach Hause gehenden Sportler wahllos Jugendliche heraus, verbot sie zu stehen und mißhandelte sie schwer. In den Abendstunden wurde das Gelände um das Rathaus abgeperrt. Auch dabei nahm die Polizei wahllos Verhaftungen vor und mißhandelte die Verhafteten schwer. Die Bevölkerung Meppingens ist dadurch in große Erregung geraten.

Blutige Zusammenstöße in Greiz
(Eig. Drahtm.) Greiz, 8. September.

Hier es gestern zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Kommunisten gekommen. Aus ganz Thüringen und aus der Provinz Sachsen waren Kommunisten zusammengelommen. Als sie, die Internationale Jugend, mit roten Fahnen durch die Straße zogen, trat die Polizei ihnen entgegen. Es kam zu heftigen Zusammenstößen; die Polizei schloß die Maffen. Mit Gewehrkugeln wurde die Maffe immer wieder zusammengestößt, erst nach Verabspottung aus Greiz und Weimar zu Giff. Die Kommunisten hatten eine Anzahl Verwundete, darunter drei, die von einem der deutschen abtransportiert werden mußten. Auch eine Anzahl Verhaftungen sind vorgenommen worden. Nachdem die Verhaftungen der Polizei eingetroffen waren, zeigten sich die Demonstranten. Heute herrscht wieder Ruhe.

Milfberg a. S. 8. September.
Die revolutionäre Jugend war dem Aufre der Kommunistischen Jugend in Scharen gefolgt. Mit fliegenden roten Fahnen durchzogen die Jugendlichen das Städtchen. Die Demonstration wurde gestoppt und drei Genossen verhaftet, die später entlassen wurden.

Am Sonntagvormittag veranstaltete die Kommunistische Jugend mehrere Maffenkundgebungen um Internationalen Jugendtag. Am Nachmittag fand eine ungeheure Maffenkundgebung der Jugend unter freiem Himmel auf der Berliner Spielwiese statt. Nach Beendigung der Kundgebung zog die Jugend in mehreren Demonstrationstrüben ab durch die ganze Stadt. Die Schutzpolizei versuchte verheißentlich, die Demonstrationen aufzuhalten. Mehrere Schußwunden, die sich den Jagen zugefügt hatten, wurden verarztet. Eine Anzahl Jugendgenossen wurden verhaftet.

Die anfänglich des 10. Internationalen Jugendtages veranstalteten Kundgebungen der Kommunistischen Jugend sind sehr unruhig ver-

laufen. Die Polizei trieb die Jugendlichen mehrmals auseinander. Es gelang der Jugend aber schließlich, nach einem Vorstoß Eberfelds vorzudringen. Aber hier trieb die Polizei sie an, nach im östlichen Teil der Jagen weg und verhaftete mehrere Jugendliche genossen.

Erweiterung der Stinnes-Gruppe

In Zeiten der Krisen erfolgt stets eine verschärfte Konzentration des Kapitals; die großen Kapitalisten saugen die kleineren und mittleren auf. So großen auch Zusammenstöße an größeren Betrieben zu einzelnen Gruppen oder der Anzahl aus den größeren Betrieben an bereits bestehende Gruppen.

Der Stinnes-Konzern hat in der letzten Zeit eine ziemlich starke Erweiterung erfahren. Er hat sich die Agas-Automobilfabrik angeeignet, die eine führende Stellung vor allem in der Klein-Automobilindustrie besitzt. Er hat eine Maffinen in der Agas-Automobilfabrik übernommen. Die bedeutendsten Wägen der Agas-Automobilfabrik hat. Auch das G. E. S. B. in Maffinen beim geht in den Besitz des Stinnes-Konzerns über. Schließlich hat er in den letzten Tagen die Aktienmajorität der Weiß & Reinhardt A. G., die unter Gleichbeteiligung steht, erworben. Diese Gesellschaft ist führend im Eisenbau in Süddeutschland, Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei.

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund

Der „Vorwärts“ jubelt! MacDonald hat Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund gefordert. Es ist klar, was die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und gerade in diesem Augenblicke bedeuten würde. Der Völkerbund ist ein Antikommunist des englischen und französischen Imperialismus. Der Eintritt Deutschlands würde nichts weiter bedeuten, als eine weitere Kontrollinstanz der Kolonie Deutschlands zu schaffen, eine weitere Sicherung des Londoner Pakties.

Ein 8 Wochen altes Kind ins Gefängnis!

Weil in der höchsten Verzweiflung ein Eberwölfe mit seiner Frau einen Diebstahl begangen hat, um ihren Hunger zu stillen, verurteilte das Gericht die Frau des Arbeitlosen zu einer hohen Gefängnisstrafe. Im Verhör der Angeklagten wurde der Diebstahl von ihrem 8 Wochen alten Kind eingestanden. Man sollte es nicht für möglich halten, aber in der deutschen Ebert-Regierung ist alles möglich. Die deutsche Justizschande ist jetzt mehr zu überretten!

Politische Notizen

Hilma Krupp gegen Politik. Wie sehr der Kanonen-Krupp die Politik verabscheut oder auch die Kommunisten fürchtet, beweist das folgende Dokument:
„Brieder. Krupp, Aktiengesellschaft, Giecherei I, den 3. Sept. 1924.

Der Formerherbering Schmitt, Fabriknummer 420 058 erklärt hiermit einen verheißerten Vernein, weil er trotz eines schon einmal gegebenen Versprechens doch wieder politische Schriften mit in den Betrieb gebracht hat.

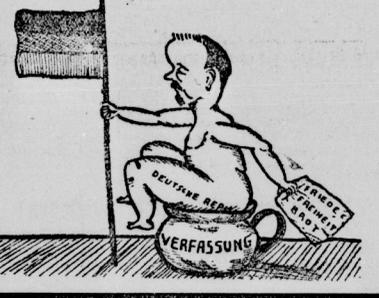
Er hat jetzt noch einmal das Versprechen abgegeben, keine politischen Schriften mehr mitzubringen und wird darauf aufmerksam gemacht, daß er im Wiederbeschlagsliste entlassen wird.
Gefel. Dr. Brieder. Kirchenbau.“

Tarifvereinbarung in Danzweber. Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Kantongewerkschaften mittelt, wurde in freien Verhandlungen mit dem Reichsverband der Kantengewerkschaften folgende Tarifvereinbarung getroffen: Febr. September und Oktober 1924 gelten die im Schiedspruch vom 28. Juli festgelegten Gehaltsätze. Der Reichstatarifvertrag für das deutsche Kantengewerbe am 19. Februar 1924 bis 3. März 1924 wird unverändert bis zum 31. März 1925 verlängert.

Die Deutschsozialisten melden sich. Der engere Vorstand der Deutschsozialistischen Partei, deren Vorsitzender bekanntlich Graf Westarp ist, hat eine Entschließung angenommen, die sich in folgenden Worten gegen die Annahme, des Dawes-Planes äußert und erklärt, daß der deutschsozialistische Vorstand sich mit äußerster Klarheit über die Vorkämpfe bei der Abpflanzung der deutschen Reichsregistrierung erklärt.

Herriols Bombenpaktismus. In die Stadtverwaltung Speyer und an die Gemeindeführer bei Speyer ist von der französischen Besatzungsmacht die Anforderung gestellt worden, einen großen Bombenabwurfplatz für die französischen Flieger bereitzustellen.

Die „DEUTSCHE REPUBLIK“ FUSST VOLLKOMMEN AUF DEM BODEN DER VERFASSUNG!



Der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“ verhaftet!

Unser Zentralorgan meldet:
Gestern in später Abendstunden wurde unser verantwortlicher Redakteur Felix Apelt beim Verlassen des Redaktionsgebäudes von drei ihm auflauernden Polizeipersonen verhaftet. Die drei mutigen Herren, die nicht die Courage hatten, in die Redaktion zu kommen, schleppten den Genossen Apelt, wie er stand, ab. Er soll nach Leipzig verfrachtet werden.

Diese überfallsmäßige Verhaftung ist um so empfindlicher, als Genosse Apelt bis in die letzten Tage zu allen angelegten politischen Vernehmungen erschienen war und sich dem Landesverratsprozeß wegen Veröffentlichung des Eisenbahngesetzes widmete, weswegen offenbar die Verhaftung erfolgte, sicher nicht entgegen hätte.

„Welttribüne“ verboten!

Berlin, 8. September.
Die „Welttribüne“, das Organ der Kommunistischen Partei Westens, wurde auf die Dauer von vier Wochen wegen eines Aufrufs, in dem zum Bürgerkrieg aufgerufen wird, verboten.

Polizeilüberfall auf die Jenauer Arbeiterbuchhandlung

Jena, 6. September.
Gestern vormittag drangen Kriminalpolizeibeamte in die hiesige Arbeiterbuchhandlung. Unter einem beschuldigten Vorwand nahmen sie eine große Anzahl von Jugendbüchern des hiesigen Material wurde nicht vorgefunden.

„Kämpfer“ wieder auf dem Posten!

Chemnitz, 8. September.
„Der Kämpfer“, das Organ des Hallenbesetzten Proletariats von Chemnitz, hat das dreiwöchentliche Verbot, das vom sozialdemokratischen Innenminister Graf Müller ausgesprochen war, sehr gut überstanden und erscheint in alter Frische wieder.

Die Sowjetfahne auf dem Rhein. Aus Köln wird uns geschrieben: Die rote Fahne der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik leuchtet vom Mast des ersten russischen Dampfers, der am Montag in Köln angekommen ist. Die Arbeiter Kölns haben die Beflagung des Dampfers, festgen russische Genossen, herzlich willkommen.

Hetige Zusammenstöße in den französisch-belgischen Streiks

Polizei bekommt Genge — Militär verweigert den Gehorsam

Brüssel, 7. September.
Infolge des provokatorischen Verhaltens der Polizei kam es zu neuen Zusammenstößen zwischen den streikenden Bergarbeitern und den Hütern der Ordnung. Die Polizei hat mehrere Tote und etwa 15 mehr oder weniger schwer Verletzte zu verzeichnen. Auf Seiten der Bergarbeiter ein Toter.

(Eig. Draht.) Cherbourg, 7. September.

Eine etwa 50 Mann starke Abteilung Marinerosoldaten, die unter Befehl von Polizei und Militär zwei Schiffe in Gang bringen sollten, wurden von den Streikenden mit Gewalt daran verhindert. Es kam zum Handgemenge zwischen den streikenden Arbeitern und der Polizei, die erhebliche Verluste erlitt. Trotz der hässlichen Verfehle und Drohungen der Offiziere gingen die Soldaten nicht gegen die Arbeiter vor.

Die französischen Arbeitskämpfe

Erfolge der Streikenden

Paris, 7. September.

Der Bauarbeiterstreik in Troyes wurde durch eine Vereinbarung beendet, durch welche die Arbeiter eine Zulage von 0,20 Franc für die Stunde erhalten.

Zur Unterstützung der im Streik stehenden Arbeiter von Nancy sind die übrigen Bauarbeiter der Stadt bereit, in einem 24 Stunden Streik teilzunehmen.

24 4/8 Streikenden erzielten die Arbeiter von Toulouse einen vollen Erfolg. Die Forderungen, welche von dem Streik 2,15 Franc betragen, werden um 0,60 Franc die Stunde erhöht.

Die Arbeiter von St. Etienne sind zur Erlämpfung von Lohnaufbesserungen in den Streik eingetreten.

Die Arbeiter von Rouen, welche bisher Tageslöhne von 18 Franc verdienen, streiken, um die Durchführung der Sozialgesetzgebung und eine Lohnsteigerung zu erreichen.

Die Eisentransportarbeiter in den nordöstlichen Teilen Frankreichs haben die Arbeit niedergestellt, da die ihnen geforderten Löhnerhöhungen nicht bewilligt worden sind.

Der Streik der Weinbauarbeiter ist beendet. Es wurde eine Einigung herbeigeführt auf folgender Grundlage: Acht Stunden Tag, 20 Franc für männliche Arbeiter und 10 Franc für Arbeiterinnen, dazu kommt die bislang übliche Menge Wein.

Aufgrund wurde die Forderung der sofortigen Freilassung der im Verlaufe des Streiks Verhafteten durchgesetzt.

Die Arbeiter auf den Kohlenlagern der französischen Marine in Toulon sind heute in den Streik getreten. Die Unternehmer hatten alle Forderungen abgelehnt, sogar die geringste, daß die Löhne in Toulon wenigstens mit den Löhnen in Marseille gleichgestellt würden, mit der Begründung, daß auf Grund der Betriebsverhältnisse eine Löhnerhöhung in keiner Weise berechtigt sei.

Eine Forderung der Marzaller Schiffgesellschaften hat sich nach Paris begeben, um mit dem sozialdemokratischen Handelsminister Menez über die Organisierung der Streikenden zu beraten. Sie erklärten ihre Bereitwilligkeit, der Regierung dabei finanzielle Hilfe zu gewähren. — Das in der Zeitungsberichterstattung zwischen sozialdemokratischen Maschinengelehrten und dem Gewerkschaften der Unternehmer.

Kommunistische Ausgebungen in Troyes

(Eig. Draht.) Paris, 5. September.

Nach einer Meldung aus Troyes ist es dort gestern im Stadtrat während einer Sitzung zu kommunistischen Ausgebungen gegen den Bürgermeister gekommen, so daß die Stadträte sich zurückziehen und die Polizei das Rathaus räumen mußte.

Der österreichische Metallarbeiterstreik

Wien, 6. September.

Die Erregung der Wiener Metallarbeiter hat trotz aller Sabotageversuche der sozialdemokratischen Betriebsdirektoren und der Gewerkschaften nicht nachgelassen. Die Siemens-Schuckertwerke lehnten es ab, die Arbeit wieder aufnehmen. Eine Betriebsversammlung beschloß, in den Streik einzutreten. Die Arbeiter der Schuckertwerke zogen dann vor die anderen Metallbetriebe und forderten die anderen Arbeiter auf, sich anzuschließen. Die Bewegung dehnt sich auf die Provinz aus, trotzdem die Unternehmer und Gewerkschaften alles tun, um die Arbeiter in den Betrieben zu halten.

Ein Streit beschloß eine Vertrauensmännerkonferenz des Metallarbeiterverbandes die Einberufung eines Kongresses für den 11. September zur Besprechung des allgemeinen Auslands. Bis jetzt haben schon 600 Arbeiter in den Streik, gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaften. Die Unternehmer erklären, die geforderte 10prozentige Löhnerhöhung nicht bewilligen zu wollen.

(Eig. Draht.) Wien, 7. September.

Der Metallarbeiterstreik hat sich, kaum ausgebrochen, gewaltig verwickelt. Bis jetzt haben 16 000 bis 20 000 Arbeiter in Kampagne. Eine ganze Anzahl von Betrieben ist schon völlig stillgelegt. Der Generalkongress wird wohl nur noch eine Frage von wenigen Tagen sein.

Liquidierung des menschewistischen-imperialistischen Abenteuerers in Georgien

Selbsttötung und Verhaftung der Banditen

(Eig. Draht.) Moskau, 7. September.

Moskau wird offiziell gemeldet, daß die Kämpfe der Banditen, die am 28. August Einbruch und andere Verbrechen verübten und sich hernach in den Bergen versteckt gehalten hätten, sich den Behörden freiwillig gekündigt hätten. Weiter sei der bedeutendste Organisator der Banditenverfehle des westlichen Georgiens, der Westgeorgien des sogenannten Paritätischen Komitees, Fürst Andronikow, zusammen mit seinem Vertreter, Djavitidze, verhaftet worden.

Die schnelle Erledigung des menschewistischen Abenteuerers (wenn man bezüchtigte Banditenverfehle überhaupt so bezeichnen will) durch die Aktivität der georgischen Arbeiter und Bauern zeigt nicht nur die völlige Schwäche und Ausschlosigkeit gegenrevolutionärer Versuche im roten Transkaukasien, sondern im Zusammenhang mit der Weltlage noch etwas anderes. Die Menschewisten und Imperialisten der Großmacht überließen Europa mit endlosem Friedensgeschrei und entfalteten gleichzeitig eine fieberhafte kriegerische Aktivität

Hände weg von China!

(Eig. Draht.) Moskau, 7. September.

Anlässlich der Interaktion der Großmacht im Fernen Osten läßt der russische Gewerkschaftsbund in Form des Kongress der englischen Trade Unions in Hull vor, gemeinsam eine Arbeiterbewegung „Hände weg von China!“ zu bilden, um mit den vereinten Kräften der Arbeiter der beiden Länder eine neue Methode zu verhindern und die Unabhängigkeit der chinesischen wertvollen Massen zu fördern. Der russische Gewerkschaftsbund hat in der Konvention schon mit der Gründung der Gesellschaft begonnen.

(Eig. Draht.) Moskau, 8. September.

Der chinesische Vertreter des Moskauer Büros hat seinem Bericht im Volkskommissariat des auswärtigen Angelegenheiten Dank für die warme Sympathie aus, die von der russischen Regierung anlässlich der mitleidigen Einmischung der fremden Imperialisten in die inneren Angelegenheiten Chinas bekundet wurde. Der chinesische Vertreter drückte die Überzeugung aus, daß die Sympathie im Verein mit der Unterstützung des chinesischen Volkes auf die Regierungen der Mächte einwirken werden, die mit Waffengewalt die irdische Einbildung der chinesischen Republik führen.

(Eig. Draht.) Moskau, 7. September.

Mac Manus (Kommunistische Partei Englands), Treint (K.P. Frankreichs) und Amter (Amerikas) richteten heute folgendes Telegramm an Sun-Yat-Sen: Die Vertreter der kommunistischen Parteien Englands, Frankreichs und Amerikas begreifen in Ihrer Person die Vorkörperung der beginnenden nationalenrevolutionären Bewegung des chinesischen Volkes. Mit Bewunderung und wärmster Sympathie verfolgen wir Euren heldenmütigen Kampf gegen die niederträchtige Verführung des englisch-französisch-amerikanischen Imperialismus und verheerlichen Guts, daß wir alles unternehmen werden, um das verheerliche Abenteuer der Nationalen, Herriot und Coolidge vor den wertvollen Massen zu entzünden und der Verwirklichung ihrer künftigen Pläne vorzubeugen.

Staatssekretär Hughes sucht zu leugnen

(Eig. Draht.) Köln, 7. September.

Die heutige Abendausgabe der „Kölnischen Zeitung“ bringt eine Sonderabmeldung aus Washington, laut der Hughes vor Presse-

vertretern die russischen Entwürfen über das gemeinsame und abgestimmte Vorgehen der imperialistischen Mächte gegen China abzutreten verweigert. Er bezieht sich auf die russischen Aufstellungen als völlig falsch, wie er jetzt sich aber bezeichnenderweise anders äußert, nähere Angaben zu machen.

Der Verlauf der Kämpfe

Moskau, 7. September. (Eig. Draht.)

Wie hier verlautet, nehmen die Ereignisse in China einen außerordentlich ernstlichen Charakter an; es sei zu befürchten, daß Unruhen im gesamten fernem Osten eintreten könnten. Nach solchen eingetragenen Mitteilungen hat der mandchurische Gouverneur Tschang-Tschin die Eisenbahn nach Peking beschloß und den Präsidenten Süchinas, Dr. Sunjatsen, keine seinen Gegner, General Tschunmin, aufgefodert, die Feindseligkeiten einzustellen und seine Vermittlung anzunehmen.

London, 7. September. (Eig. Tel.)

Die Berichte vom chinesischen Kriegsschauplatz melden von blutigen Zusammenstößen zwischen den nordchinesischen und südchinesischen Truppen. Das chinesische rote Kreuz hat seit 600 Verwundete der Arme des Kommandeurs von Tschinglan während der letzten drei Tage nach Shanghai gebracht. Das blutige Treffen schien bei Wu-Sho gewogen zu sein, wo nach Shanghai 500 Tote geschlachtet wurden. Man schätzt, daß 12 000 Mann auf jeder Seite an den Kämpfen beteiligt gewesen sind.

III. meldet aus London, daß die französischen Kreuzer Truppen Landsturm haben. Sunjatsen hat eine Ausgebung erlassen, in der er dem britischen Imperialismus die Verantwortung für den Bürgerkrieg aufbürdet.

Die bisherigen Berichte lassen erkennen, daß die Truppen des konterrevolutionären Mandchurienregiments Tschang-Tschin gegenüber den Streikkräften Klugheit, die zu Unruhe enge Beziehungen haben, zurückgedrängt sind.

Die verschiedenen und widersprüchlichen Nachrichten werden durch englische und amerikanische Pressestellen über London und New York in die Welt lanciert. Diese Nachrichten der englischen Imperialisten, die den chinesischen Bürgerkrieg in ihrem Interesse entfesselt haben, verdienen das größte Mißtrauen. Die aus der Praxis des Imperialismus gut bekannte Taktik, daß die Großmacht mit den Truppenlandungen bloß „das Auslandsviertel schätzen“ wollen, ist nichts anderes als die Einleitung der Interaktion zur Aufteilung Chinas.

Vom englischen Gewerkschaftskongress

Am zweiten Tage des englischen Gewerkschaftskongresses in Hull stand die Frage der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Debatte. Genosse Pollitt eröffnete die Debatte und erklärte, daß die auf dem Wiener 1903-Kongress angenommene Resolution über die Beziehungen zwischen Amsterdam und Moskau viel zu schwach sei. In dieser Resolution wird ausgeprochen, daß die russischen Gewerkschaften nicht Mitglieder des IGB sind, weil sie sich weigerten, sich nach den Bestimmungen des IGB zu richten. Gleichzeitig sei in der Resolution empfohlen worden, Verhandlungen mit den Russen wieder aufzunehmen, soweit nicht darunter die Würde des IGB leiden würde.

Pollitt behauptete, daß die englischen Delegierten in Wien dieser Resolution zugestimmt hätten. Die Schwäche der Resolution läge vor allem in dem Umstand, daß es unmöglich sei, eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, solange die Engländer sich an die Richtlinien des IGB, gebunden fühlen, ohne den Russen das Recht zuzugestehen, sich an die Bestimmungen der IGB zu halten. Man dürfe die Frage nicht so stellen:

Eintritt der russischen Gewerkschaften in die Amsterdamer Internationale, sondern Vereinigung der Amsterdamer und der Moskauer Internationale.

Pollitt forderte den Kongress auf, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß eine gemeinsame Konferenz beider Organisationen zustande käme. Alle Arbeiter sollten in allen Ländern gemeinsame Konferenzen abhalten, um dadurch die Einheit der Gewerkschaftsbewegung wieder herzustellen und eine einheitliche Kampfleistung zu schaffen.

Der Widerstand gegen eine wirkliche Einheitsfront läme nicht von den britischen oder von den russischen Gewerkschaften. Die Vertreter der deutschen, belgischen und französischen Gewerkschaften hätten sich gegen die Einheit gewandt. Man müsse aber darauf hinwirken, daß hinsichtlich der organisatorischen Einheitsfront der internationalen Gewerkschaftsbewegung lide. Die britischen Delegierten sind deshalb verpflichtet, die Sabotage der gewerkschaftlichen Einheit zu verhindern. Die Arbeiter der ganzen Welt stehen vor neuen Kämpfen. Wenn der Dawes-Bericht aus nur drei Monate in Kraft tritt, so würde man den Mangel einer einheitlichen internationalen Gewerkschaftsbewegung sehr spüren.

Man müsse deshalb alle Kraft einsetzen, um die Senkung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse zu verhindern, die sofort auf die Lebenshaltung der übrigen Arbeiter der Welt zurückzuführen würde.

Wenn die Engländer ihre Ansicht in Amsterdam durchsetzen können und alle künstlichen Schranken und Hindernisse, die man gegen die russischen Gewerkschaften aufzurichte, beseitigen, dann würde man im nächsten Jahr voll Glück erzielen können, daß die englische Arbeiterbewegung den Zug befolgt und alle Gewerkschafter unter eine einheitliche Führung gebracht habe.

Der Vorherrscher Burrell erklärte, daß aus der Ansicht sei, daß beide Teile eine Konferenz einberufen sollten, ohne Rücksicht darauf, was in der Vergangenheit geschehen sei, und daß sie alles versuchen müßten, um zu einer Vereinigung zu kommen. Einige Platonischeren wandten sich allerdings gegen die IGB, weil sie die Amsterdamer Gewerkschaften als „alt“ bezeichnet hatte. Tillet und Cramp erklärten, daß auch sie sich für den Anschluß der russischen Gewerkschaften an den IGB einsetzten würden, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Russen keine Diktatur über die übrigen Gewerkschaften ausüben würden.

Man nahm dann noch eine Resolution an, die dem Generalkongress der englischen Gewerkschaften größere Machtbefugnisse überwie-

damit die Kämpfe einheitlicher geführt werden. Die Gefahr besteht allerdings, daß der Generalkongress die Verhandlungen benutzen wird, um alle Kämpfe durch endlose Besprechungen mit den Unternehmern und der Regierung abzuwürgen.

London, 5. September.

Auf dem britischen Gewerkschaftskongress stand die Frage der Einheit der Gewerkschaften und der Einbeziehung der sowjetrussischen Gewerkschaften auf der Tagesordnung. Schließlich wurde ein Antrag mit Mehrheit angenommen, daß über diese Frage zur Tagesordnung überzugehen sei.

Etwas anderes konnte nicht erwartet werden. Vorlauf es ankam, ist die Tatsache, daß der Gewerkschaftskongress, daß die reformistischen Führer der Trade Unions es gewagt waren, zu dieser Frage jetzt überhaupt Stellung zu nehmen. Ihren konterrevolutionären Charakter haben diese Herren wiederum klar genug gezeigt. Aber die Tatsache ist unbestreitbar, daß immer breitere Kreise des englischen Proletariats erwachen und vom Radikalierungsprozeß erfaßt werden. Der reformistische Wall, der in der Frage der gewerkschaftlichen Einheit ebenso wie in vielen anderen brennenden Fragen der revolutionären Arbeit entgegensteht, bietet die schwersten Hindernisse — dieser Beschluß von Hull hat es wiederum gezeigt — aber die Einheitskampagne wird nun erst recht hier in England angepaßt werden müssen!

In Hull stehen sich zwei ideologische Prinzipien mit aller Schärfe gegenüber. Die sowjetrussischen Gewerkschafter sind mit stürmischer Begeisterung begrüßt worden (die reformistischen Führer selbst waren gezwungen, sich „Kongress zu tragen“ und in Ehren der Freundschaft mit Sowjet-Rußland zu reisen) — auf der anderen Seite hat Leuts, am 4. September, ein Compers-Mann aus Amerika, Brad, auf dem Kongress eine Rede gehalten, die nichts anderes war als die unverhüllteste Vertretung der Interessen der amerikanischen Imperialisten; er behauptete, daß die amerikanischen Arbeiter ausüßerte an der Aufrechterhaltung der amerikanischen Schuldverordnungen und ebenso an den Morgan-Anleihen interessiert seien. Dieser Brad sprach wie ein bezaghter Morgan-Agent.

(Eig. Draht.) Hull, 5. September.

Der Gewerkschaftskongress nahm gestern eine Entschlossenheit an, wonach der Kongress bei Ausbruch eines Krieges sofort einzutreten ist, um über eine Mission in der Industrie zu entscheiden und mit Hilfe der Gewerkschaftsbewegung alles zur Verhinderung künftiger Kriege zu versuchen.

(Eig. Draht.) Hull, 7. September.

Der Gewerkschaftskongress nahm in seiner letzten Sitzung eine Resolution an, die sich nachdrücklich gegen den obligatorischen Schiedspruch bei Arbeitskonflikten erklärt. Eine Einschränkung des Streikrechtes ist unter keinen Umständen zulässig.

(Eig. Draht.) London, 5. September.

Der Kongress der Trade Unions in Hull hat eine Entschlossenheit angenommen, worin dem Volksgewaltigen Kolonialismus erweist werden, um bei der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationalen den Zusammenschluß aller europäischen Arbeiterorganisationen anzugehen.

(Eig. Draht.) Paris, 7. September.

Das Bureau der CGIT, landte an den britischen Gewerkschaftskongress in Hull folgendes Telegramm: „Die revolutionären Gewerkschaften Frankreichs begreifen den Kongress der Trade Unions und erklären den Vertretern des englischen Proletariats ihre Sympathie und internationale Einheit im Kampf gegen die Ausbeutung des Dawes-Planes.“

Rufstand. Das georgische Abenteuer sollte ein künstlich geschmiedetes Glied in der Kette sein.

Das Abenteuer, die „Prozession eines antiojewischen“ Gewerkschafts, war plump und ist mißglückt. Aber derartige Ereignisse sind Signale.

Arbeiter der Welt, seid auf der Hut!

Halle und Saalkreis

Wählgung, Funktionäre!

Am Dienstag, dem 9. September, abends 8 Uhr, findet im „Volkspart“ eine

Große Funktionärwählgung

statt. Tagesordnung:

Unzere Gewerkschaftsarbeit.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß alle Parteimitglieder und Gewerkschaftsfunktionäre erscheinen müssen. Mitgliedsbuch ist vorzulegen. Ortsgruppe Halle.

Öffentliche Verammlung der KJ.

Am Freitagabend fand im „Volkspart“ eine von der Kommunistischen Jugend einberufene öffentliche Verammlung statt. Schon vor 8 Uhr war der Restaurationslokal dicht gefüllt von jugendlichen und teilweise auch älteren Arbeitern, und als der Vorsitzende kurz nach 9 Uhr die Verammlung eröffnete, drängten sich immer noch mehr Teilnehmer in den Saal, so daß auch bald Gänge und Treppen voll waren.

Der Verammungsvorsteher erklärte dann dem Jugendgenossen die Lage des Kampfes und die Aufgaben der revolutionären Jugend.

Der Referent wies darauf hin, daß die arbeitende Jugend am 7. September zum zehnten Male den internationalen Jugendkongress in Genéve besucht. Ein Rückblick auf die letzten Jahre, vorzüglich der letzten beiden, legt Zeugnis ab, daß die Jugendbewegung immer mehr und mehr energiegeland und immer mehr revolutionären Charakter annimmt. Krieg dem Kriege! Das war das Sloganswort, mit dem auch die Jugend den Kampf gegen den Weltkrieg und seine Anführer aufnahm. Auch heute ist dieses Wort noch die Losung der internationalen Jugend und dieses Sloganswort erhält auf dem zehnten internationalen Jugendkongress eine ganz besondere Bedeutung, da sich die Anzeichen eines neuen Krieges immer mehr und mehr bemerkbar machen. Der Referent hält dann einen kurzen Überblick über die Weltlage. Er weist auf die amerikanische Krise hin, wo trotz des Goldpreisanstieges eine totale Wirtschaftskrise eingetreten ist, Millionen von Arbeitslosen zur Folge hat. Auch in England kann man deutlich einen Niedergang in wirtschaftlicher Beziehung feststellen und die vielen Kleinrenten, Ausparierungen usw. bezeugen deutlich, daß auch hier der Krieg eine Krise und keine Entspannung hervorgerufen hat. Dasselbe kann man in Frankreich und allen anderen Industrieländern beobachten. Die internationale Krise muß, da der Kapitalismus keinen anderen Ausweg mehr findet, unbedingt einen neuen Krieg hervorbringen, um neue Absatz- und Rohstoffgebiete dem jeweiligen kapitalistischen Siegerstaat zu erschließen. Und wie richtig diese Annahme ist, beweisen deutlich die Abstrichungen der internationalen Jugendkongresse, die pazifistischen Protesten entlarven. Man redet wohl vom Frieden, aber der Zeit ruht man zu einem neuen, weit furchtbarer Krieg. Der Redner fordert auch eingehend die neuen Kampfmittel des kommenden Krieges und kommt dann auf das Dames-Gutachten zu sprechen. Er weist nach, daß dieses Gutachten nichts weiter ist als ein Kontrakt der internationalen Großkapitalisten, zur Ausbeutung des Proletariats, vor allem des deutschen. Eine weitere Folge dieses Abkommens ist das sogenannte Arbeitsdienstpflichtgesetz, welches jetzt dem Reichstag vorgelegt werden soll und von allen Völkern, von den Destitutionsländern bis zu den Sozialdemokraten, abgelehnt ist. Man muß sich vorstellen, daß ein solches Gesetz in Frankreich, England, Italien, usw. angenommen würde, daß auch in Frankreich dieses Gesetz auf ein Jahr, oder auf ein Jahr und ein halbes, beschränkt werden würde, um die Interessen des Staates, ohne entsprechende Bezahlung, Arbeit zu verrichten. Charakteristisch für die sozialistische Arbeiterschaft ist es, daß auch diese sich für dieses Schandgesetz erklärte. Man gibt an, daß dieses Gesetz besonders dem Landvolk, den kleinen Kleinrentenbesitzern, den kleinen Gewerbetreibenden, den kleinen Handwerksbetriebern die geeignete Fährer für die Arbeitsdienstpflicht werden lassen.

Die Anwesenden folgten den sehr interessanten Ausführungen mit größtem Interesse.

Sie sprach sich ein französisches Jugendgenosse. Er führte aus, daß der Krieg der internationalen Jugendgenossen, der Krieg dem Kriege! Heute schreien die tausend Stimmen auch in Frankreich, Krieg dem Kriege! Und die französische Jugend arbeitet nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Die Arbeiter werden systematisch revolutioniert. Und wie groß die Ausbeutung der französischen Arbeiter ist, kann man daran sehen, daß auch in Frankreich die Gehaltsliste und Zuschläge, die Proletariats füllen. Die französische Jugend habe aber keine Angst und werde weiter Schulter an Schulter mit allen revolutionären Arbeitern der Welt kämpfen für den Kommunismus.

Ein Iportant aus der Mitte der Verammlung ausgetragenes Wort auf die KJ, behandelte den Redner für seine temperamentvollen Worte. Die Kommunisten interessieren sich natürlich für den Ausländer, mußte aber mit langer Rede abgeben.

In der anschließenden regen Diskussion war man sich darüber einig, daß die gesamte arbeitende Jugend den Kampf gegen dieses Schandgesetz aufnehmen müsse. Ein Mitglied der KJ, der sich ebenfalls dem Redner, daß die Verammungen nicht aus dem Rahmen fämen. Redner können wir wegen Platzmangels nichts hieron bringen, wenn aber einmal die KJ einen Wunten Abend veranstalten und die Güte auf humorvolle Weise unterhalten will, dann muß die KJ, Genossen, davon sprechen lassen. Größere Anwesenheit hat der Referent nicht wünschen können. Nachdem nun ein Vertreter der Kindergruppe zu Wort gekommen war, wurde die sehr interessante Verammlung geschlossen.

Republikanische Gerechtigkeit

Wenn ein Gärtner in seinem Garten Unkraut bemerkt, so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß er es ausrotzt, und zwar wird er sich alle Mittel hierzu aneignen. Wenn nun in der Deutschen Republik gleichfalls das Unkraut Unkraut ist und sogar so stark, daß dieses Unkraut vor gemeinen und heimtückischen Mordtaten, nicht zurückschreckt, so mußte man annehmen, daß gleichfalls jedes Mittel recht ist, um dieses Unkraut und Eiterbeutchen an einem republikanischen Volkskörper aufzubreiten. In Deutschland wird aber nicht nur das Unkraut gebudelt, sondern sogar noch indirekt gefördert, in dem man nicht nur in dem Unkraut, sondern in dem nationalen Unkraut in üppiger Blüte steht und vor seinen Neoplaten, nämlich des Rathenau-Mordes, nicht zurückschreckt.

Anlässlich des Rathenau-Mordes hatte auch die gesamte hollische Arbeitererschaft durch eine riesige Protestdemonstration ihren Willen Ausdruck gegeben, die nationalen Mordorganisationen energig zu verurteilen. Dieser Willen man 1918 am wichtigsten Weg, nämlich der Weisung, die die Arbeiter in sich ein Gesche, so daß man heute vor der Tatsache steht, daß in unserer freien Republik noch alte zaristische Gesetze gültig sind. Das mag paradox klingen, aber wir alle wissen, daß es wahr ist.

Auch unsere hollischen Gerichte richten natürlich nach den alten weltmännlichen Gesetzen und schämen dadurch offen die Feinde der Republik. Die Sitzung des Schöffengerichts am 5. September, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Temp, beleuchtete einmal ihren Widerstand gegen die Arbeiterrepublik und ihren Klassenparagrafen.

Als nach einer Protestverammlung anlässlich des Rathenau-Mordes im Juni 1922 auf dem Hellmarkt die Arbeiter nach Hause gehen wollten, kam die Kump, daß die kommunistischen Kindergruppen in der Heide von Hüncheringen des Reichswehrbesatzung entgegen trafen.

Es ist anlässlich der Erregung der Arbeiterkraft ganz erklärlich, daß sich sofort Arbeiter aus eigenem Antrieb in losen Gruppen zur Heide begaben, um die Kindergruppe zu schützen. Hier ist es nun zu einer Schlacht zwischen Arbeitern und Angehörigen des Reichswehrbesatzung gekommen, an welcher sich besonders der Arbeiter Täger hervorgetan haben soll. Aus diesem Grunde stand Täger vor dem Gericht und wegen gemeinschaftlicher Verurteilung zu verantworten. Der Angeklagte gibt an, auf Grund des Gerichtes wohl mit anderen Arbeitern zur Heide gegangen zu sein; als er jedoch die Wache erreicht habe, sei die Schlägerbande schon vorbeigewandert. Er ist dann später auf Veranlassung des Führers vom Reichswehrbesatzung von der Heide verbannt und mit anderen abtransportiert.

Der Junge Hülthaus gibt an, daß sich Täger an der Spitze der Schlägerbande nicht beteiligt haben könne, da dieser, wie er selbst viel früher auf der Wache eingetroffen sei. Auch habe er die Angeklagten weitab vom Kampffeld gesehen.

Als nächster Junge erscheint ein gewisser Thomas Janen, dem man ein Verbrechen an dem Reichswehrbesatzung vorwirft. Von den übrigen Beschuldigten wird Janen stets mit „Herr Leutnant Janen“ bezeichnet. Janen gibt an, sich auf Einzelheiten nicht mehr erinnern zu können. Er will aber in Täger ganz bestimmt denjenigen erkennen, welcher ihn mit einem Stein auf den Kopf geschlagen habe. Der Angeklagte, Sieb ist ein Wagner, und ist etwas nervös über die Angelegenheit.

Der Vorsitzende verurteilt dem Angeklagten derartige Ausfälle und droht ihm in Wiederholungsfall mit Strafe. Als der Junge Bön auf die Unklarheit des Jungen Janen hinweist und angibt, daß er eigentlich zuerst von Janen als Täter bezeichnet und verurteilt wurde, sei er dann geflüchtet. Als Grammann beschuldigt Janen nun den Täger als Täter an der Heide, der Täger aber nicht an dem Tatort war. „Schweinehund!“ Der Vorsitzende ist hierüber ganz empört und möchte hier gleich ein Exempel statuieren; er fragt Janen, ob er Strafantrag gegen Bau stellen wolle. Selbstverständlich ist dieser alte deutsche Mann in seiner Ehre tief verletzt und verlangt Belohnung. Da sich Bau als äußerst erregbar erweist, antworten Janen und angibt, daß ihm die gemeine Handlungsweise des Janen so empört habe, beantragt sich der Staatsanwalt damit, Bau aus dem Saal sofort entfernen zu lassen.

Auch die übrigen Beschuldigten, der Kaufmann Otto Bolte, der Kaufmann Walter Kneide und der Reichswehrbesatzung Fritz Kneide, werden durch die hollischen Gerichte des Reichswehrbesatzung anlässlich der Verurteilung der Arbeiterrepublik, und die hollischen Gerichte, die ein einzig, daß Täger denjenigen angibt, welcher Janen geschlagen habe. Die Aussagen des Jungen Bolte sind sogar so widersprüchlich, daß ein Schöffengericht den Vorlesenden hierauf aufmerksam macht. Auch der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Behm, macht sich hierüber an der Verteidigung.

Das Gericht lehnt ab, diesen streusüchtigen Reichswehrbesatzungen mehr Glauben, trotz aller Widersprüche und Geschäftswitzeln, und verurteilt den Angeklagten, nachdem der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten beantragt hatte, zu einer solchen von 4 Monaten. Dem Angeklagten soll die erstinstanzliche Unterlassungsgeschäft angedroht werden, außerdem wird ihm eine Strafverurteilung von 4 Jahren jugendliche Weisung, die die Arbeiterrepublik zwischen Republik und falscheren Gesetzen nicht so froh hervorzuheben zu lassen. Das Urteil aber kann nun weiter im Schutze der deutschen Gerichte bleiben und gehen, bis — ja, bis Ihr Arbeitermännchen erkennt, daß Euch niemand hilft und Ihr Euch andere Gelegenheiten erkämpfen müßt.

Eine Ausstellung im „Volksblatt“

Das hollische „Volksblatt“ am Samstag hat gegenwärtig in seinem Schaufenster ein Plakat ausgestellt, das anlässlich der Cripian-Verammlung der SPD, von unserem Genossen Kneide in einem schändlichen Gestalt überreicht wurde. Das „Volksblatt“ hat diese Schandtat nicht nur nicht zurückgeschreckt, sondern hat diese Schandtat, nachdem sie im Originalbild, welches im „Vorwärts“ erschienen ist und nach welchem das Plakat, außer dem Cripian-Kopf, ziemlich genau wiedergegeben ist, das Bild stellt die aufgehende Sonne, mit dem Zeichen des Dollars, also die Dollarkrise, vor, die sich nicht nur eine Gruppe Arbeiter mit erhobenen Händen, welche die Sonne anbeten, sondern auch die Arbeiter, die hierin in einem Kommentar, daß die Arbeiter die aufgehende Dollarkrise bekämpfen sollen anfangen zu verheerlichen. Wir glauben, daß der Meier dieses Bildes dem „Vorwärts“ einen Streich spielen und in diesem Bild die Schandpolitik der SPD, insbesondere bezüglich des Annes-Vertrages, des Weisungs-Gesetzes, festhalten will. Dieser Streich ist jedoch nicht nur als die Dollarkrise, welche seit der Sonder Tagung aufgegangen ist, und davon die entzündeten Sozialdemokraten. Von Kampf ist hier nichts zu sehen, nur erhobene Hände mit gespreizten Fingern, nirgendes eine Faust. Um Gottes Willen nur keine Faust zeigen, so etwas Unmännliches für die SPD, nicht. Ruhe und Ordnung muß sein, auch wenn sie bürgerlich ist.

Jeder Arbeiter, der selbst kein Urteil fällen will, gehe also zum Samstag und lese sich die vom „Volksblatt“ für die SPD veranstaltete Propaganda-Ausstellung an. Ausnahmeweise ist der Besuch gratis und daher besonders empfehlenswert. Hoffentlich hat die Arbeiterrepublik die Arbeiterrepublik zu beschließen, damit einem jeden Gelegenheit gegeben wird, die Weisung der SPD, im Bild zu betrachten.

* Kommunistische Metallarbeiter, Holzarbeiter, Verleiher. Am Donnerstag, dem 11. September, abends 7 1/2 Uhr, findet in der „Produktiv-Genossenschaft“ eine Sitzung statt. Die jetzt überall einsetzende Verunsicherung der Wirtschaftslage, und die verurteilte Anwesenheit der Arbeiterrepublik, die Arbeiterrepublik wieder arbeitsfähig zu gestalten. Ergeht daher alle in der Sitzung! Wer durch dringende Umstände an der Teilnahme verhindert ist, hat sich persönlich oder schriftlich zu entschuldigen.

* T.B. Die Naturfreunde. Alle auf dem kommunistischen Boden lebenden Mitglieder des T.B. werden ersucht, sich heute abend um 7 Uhr in der „Produktiv-Genossenschaft“ zu einer kurzen wichtigen Verammlung einzufinden.

* 18. Sommerfest im „Volkspart“. Wie bereits berichtet, ist das am Dienstagabend stattfindende Sommerfest das letzte der diesjährigen Sommerfesten. Die Verammlung des Weisungs-Gesetzes, dieses Anwesenden und genutzliche Stunden sind durch die von dem Arbeiter-Bildungsausschuss und der „Volkspart“-Verwaltung eingerichteten Konzerte der Arbeiterkraft bereit worden, so daß ihre Fortführung von vielen Besuchern gewünscht wird. Dieses Sommerfest ist nun als ein Personalkonzert geplant und wird am nächsten Sonntag, dem 14. September, im „Volkspart“ stattfinden. Den ersten Teil stellt die Sinfonie Nr. 2, C-Moll, von Bruchner aus, dessen 100. Geburtstag die Musikalische Welt in diesem Jahre feiert. Im zweiten Teil kommt Beethoven mit der Sinfonie Nr. 2, D-Dur.

zum Vortrag. Die vier Sätze tragen folgende Beschriftung: 1. Allegro molto. — Allegro con brio. 2. Largo. 3. Scherzo. 4. Allegro molto. Das Werk führt zu den bedeutendsten Beethoven'schen Schöpfungen. Zum Schluss werden die uns bekannten beiden Schöffengerichte, Kompositionen von Beethoven und Chopin (Solo für Violinen), „Schöne Lieder“ von Beethoven zum Vortrag bringen. Geleitend aus dem „Volkspart“ werden die Arbeiterrepublik, die Arbeiterrepublik, so daß auch das Schöffengericht recht genutzliche Stunden den Besuchern bieten wird.

* Stadttheater. Heute, Montag, 7 1/2 Uhr „Emilia Galotti“ mit Julie Sellig als „Emilia“. Dienstag, Das hollische Rindfleisch. Mittwoch und Freitag 7 Uhr „Faust“. Donnerstag in vollständig neuer Einbildung, „Fritzen und Nolde“.

Fischeren. Landläger Barth verunndet! Am Donnerstagabend fand eine Verammlung zum Fischen, bei der mehrere Personen sich an der Fischebene des Gutsbesizers Albert Schüller, Fischeben, aufhielten. Es wurde vermutet, daß es „Einschneider“ wären, weil die Fischebene voll Getreide lagert. Mags darauf klangte der Landläger das Gewehr um und jagte zur Fischebene, die 20 Minuten von Fischeben entfernt liegt. Dort angekommen, empfing sich ein Feuergeleit. Auf beiden Seiten wurde geschossen. Der Landläger Barth erhielt einen Steich ins Obersehen und mußte sofort ärztliche Behandlung in Weisung nehmen. Einige Personen wurden verhaftet und der Fischebene behörde in Weisung ausgeliefert. Nach Aussagen der Fischebenbesitzer waren es Starbänder und Einschnitzer, welche auf „Wäge“ waren und in der Fischebene übernahmen. Es ist doch alles möglich! So wird mit Weisung unumgänglich! Wer zuerst geschossen hat, steht noch nicht fest. Durch solche Verammungen, wie Einschnitzer können Leute, die schon lange erschossen sind und ihr Leben auf der Weisung fristen, ein froh über den Haufen geschossen werden. Landläger Barth ist hier als großer Kommunikationler bekannt.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Kindergruppe Halle. Heute, Montag, abend 6 Uhr, findet eine Funktionäre im „Volkspart“ statt. Verammlung material muß abgerechnet werden. Schriftliche Berichte sind abzugeben. Die Reichswehrbesatzung soll vorbereitete werden. Jeder hat zu erscheinen.

Aus der Provinz

Der Provinziallandtag

tritt am 16. September zu einer neuen Tagung zusammen. Derzeit ist die diesjährige Sitzung wegen der Wahl eines Landespräsidenten unter Verurteilung der Reichswehrbesatzung, die Reichswehrbesatzung soll vorbereitete werden. Jeder hat zu erscheinen. Coerver hat Landsberg fallen lassen, angeblich, weil der Provinziallandtag durch den in seiner Sitzung am 14. April gestellten Beschluß zu erkennen gegeben habe, daß er die Reichswehrbesatzung nicht anerkennen wolle. Es wird wohl zu einigen Meinungsänderungen der verurteilten Sozialdemokraten mit den Reichswehrbesatzungen kommen. Darüber hinaus wird die Einheitsfront der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen aber bald wieder hergestellt sein.

Die Tagesordnung der Sitzungen steht auf dem Antrag der Landesgemeinde Vnnaburg auf Umwandlung in eine Stadtgemeinde. Der Reichstag des Kreises Torun hat den Antrag als berechtigt anerkannt und deshalb befürwortet. Der Provinzialauschuss beantragt Zustimmung.

Weiter beantragt der Provinzialauschuss Bewilligung von 1000000 M. für die Errichtung einer öffentlichen Einwohnerversammlung in der Gemeinde Kleinberndorf, verurteilten Gemeinden der Kreise Halberstadt und Heiligenstadt sowie der Gemeinde Blankenberg im Kreise Jüterbog. Es handelt sich hier um die Umzettel im Mai d. J., bei denen viele kleine Leute geschädigt worden sind. Es wird der Antrag.

Der Provinziallandtag wolle beschließen: Sofern sich der in Frage kommende Kreis in mindestens der gleichen Höhe bereitstellt, werden aus steuerlichen Mitteln zur Änderung der Polizeigebühren von Umzettel als Provinzialbeiträge zur Verfügung gestellt:

1. für die Gehöftigen der Gemeinde Kleinberndorf im Kreise Halberstadt 5000 M., durch sofortige Zahlung im Kreise Halberstadt unter Verurteilung der Reichswehrbesatzung, im übrigen, sofern der Staat eine höhere Summe zubilligen sollte, in Anpallung an das Vorgehen des Staates. Der Höchstbetrag der Gesamtbeträge wird jedoch auf 7000 M. festgesetzt.

2. für die Gehöftigen der Gemeinden Ströden, Jüllin und Jüterbog im Kreise Halberstadt 7500 M. als verlorener Zukunft.

3. für die Gemeinde Blankenberg eine Summe bis zum Betrage von 3000 M. als billiges, langfristiges Tilgungsdarlehen, dessen Bedingungen vom Landeshauptmann festzusetzen sind;

4. für die Gehöftigen der Gemeinden im Kreise Heiligenstadt bis zum M. durch sofortige Zahlung aus verlorener Zukunft, sofern der Landrat des Kreises dem Landeshauptmann unter Beteiligung von Einwohnern nachweist, daß eine sofortige Provinzialbeiträge zur Aufrechterhaltung der Erziehung der verurteilten Gehöftigen unumgänglich notwendig ist. Sofern der Staat eine 6000 M. übersteigende Summe gewährt, ist die Provinzialbeiträge dem Landrat anzuwenden. Der Höchstbetrag der Provinzialbeiträge wird jedoch auf 10000 M. festgesetzt.

Auf der Tagesordnung stehen noch folgende Punkte: Änderung des Beamtenreglements für die Provinzialbeamten (Kündigungsgesetz), Festlegung einer neuen Gehaltsanordnung des Landesverwaltungsamtes, Festlegung der Gehälter der Provinzialbeamten und Bestimmung von Arbeitnehmern nach dem Ausland, Unterhaltung von Bauarbeiten für Beamte und Angestellte des Provinzialverbandes. Die Tagung dürfte etwa zwei bis drei Sitzungstage in Anspruch nehmen.

Merseburg-Querfurt

Wenn, Aufschwungfeier des Bauern „Richter“ vereins. Nach mochenlanger Vorbereitung, wobei die Direktion des R.R. in „wohlfühler“ Weise familiäre Rahmen und Ehrensporen durch im Werk beschäftigte Arbeiter setzen ließ, begann am 30. August der hollische Reichstag des Bauern „Richter“ vereins. Am Sonntag Nachmittag, bei schönem Wetter, begann die Tagung mit der Festlegung der Tagung, welche die Tagung des Bauern „Richter“ vereins und Ausstellung vor dem Arbeiterdenkmal. Dort stehen ein alter „Richter“ und Viktor Ullrich gekleidete Reden vom Stapel, so daß die Weisung und Stahlhelmer den Reden keine Aufmerksamkeit schenken konnten.

Große öffentliche Volksverammlung

mit der Tagesordnung: London oder Moskau?

Ammondt: Montag, 8. September, abends 8 Uhr, im Hotel Kräger. Arbeiter, Angehörige, Beamte, sprechen in Moskau!

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
 Begründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

| | | | |
|-------|---|--|----------|
| Nr. 9 | Die Kommunistin erscheint 2 mal monatlich. | Verlag: Vereinigung Internationaler Verlageanstalten G. m. b. H., Berlin SW 68, Danziger Str. Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 6 |
|-------|---|--|----------|

Der Skandal der Frauenlöhne.

Eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Aussicht.

Nach einer neueren Feststellung verdienen die deutschen Arbeiter durchschnittlich 18 bis 20 Mark pro Woche. Dafür schufteten sie neun und zehn Stunden täglich und müssen sich noch ansehnliche Abzüge gefallen lassen. Davon sollen sie Miete bezahlen, ihre Familie satt machen und für Kleidung, Heizung und Licht sorgen. Trotzdem die Preise schon wieder anziehen, fangen nun die Unternehmer in allen Teilen des Reiches an, die Löhne noch weiter herunterzudrücken. Aus Oberschlesien z. B. wird gemeldet, daß dort schon ein Abbau von 5 bis 10 Prozent durchgeführt ist. Ein besonderes Kapitel aber sind die Löhne, die in unserem herrlichen Deutschland an die arbeitenden Frauen gezahlt werden.

Noch vor einiger Zeit erhielten die Arbeiterinnen bei gleicher Leistung etwa 75 Prozent der Männerlöhne. Schon das war eine schreiende Ungerechtigkeit, gegen die viel zu wenig oder überhaupt nicht von den Betriebsräten und Gewerkschaften Sturm gelaufen wurde. Denn hatte diese niedrigere Entlohnung irgendeine Begründung?

Gerade während des letzten Jahres sind die Frauen immer mehr in den Produktionsprozeß hineingezogen worden. Ganz besonders seit dem Kriege haben wir nicht nur mehr Schneiderinnen, Textilarbeiterinnen, Heimarbeiterinnen usw., sondern in fast allen Industriezweigen sehen wir, daß die Frauen für die schwierigsten Arbeiten verwandt werden; wir haben Munitionsarbeiterinnen, Metallarbeiterinnen, Chemiarbeiterinnen usw.

Und es ist ein Mumpitz, zu behaupten, daß die Frauen in diesen Betrieben nicht ebenso ausgebeutet werden wie die männlichen Arbeiter. Im Gegenteil.

Gerade während des Krieges haben die Unternehmer gemerkt, was für flinke und ansehnliche Arbeitskräfte die Frauen sind. Und geschäftstüchtig wie sie sind, haben sie natürlich nicht gezögert, diese Arbeitswilligkeit und Geschicklichkeit auszunutzen, um aus den Frauen vollwertige Arbeitskräfte zu machen. Hinzu kommt noch, daß nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Arbeiterinnen organisiert ist und die Gewerkschaften sich um die Wahrnehmung ihrer Interessen so gut wie gar nicht kümmern, so daß die Frauen durchweg schutzlos der Unternehmerwillkür ausgeliefert sind.

Angesichts der Interessenlosigkeit, die die Arbeiterorganisationen der schamlosesten Ausbeutung der Frauen gegenüber an den Tag legen, ist es dem Unternehmertum schon im vorigen Jahre gelungen, den Prozentsatz der Frauenlöhne gegenüber den Männerlöhnen noch herabzudrücken. Zuerst in der Berliner Metallindustrie und dann auch in anderen wichtigen Industriezweigen wurden den Arbeiterinnen nicht mehr 75 Prozent, sondern nur noch 65 Prozent der Männerlöhne zugestimmt. Und dieses Mißverhältnis verschlimmerte sich

noch während der letzten Monate, als durch die allgemeine Flaubeit der Arbeiterschaft die Angriffe der Unternehmer besonders auf die Rechte der schwächsten Arbeiterschichten immer frecher wurden.

Heute erhalten in vielen Betrieben die Frauen kaum mehr als die Hälfte der Männerlöhne. Eine Arbeiterin schätzt sich schon glücklich, wenn sie für neun- und zehnstündige Arbeitszeit 10 und 12 Mark wöchentlich bekommt. Frauenlöhne von 6, 8 und 9 Mark wöchentlich sind an der Tagesordnung. Und das alles, ohne daß die reformistischen Gewerkschaftsführer bisher auch nur einen

| Zum Verrecken! | |
|---|-------------------|
| Verheiratete Textilarbeiterinnen in Schlesien erhalten für: | |
| 3 Arbeitstage (Kurzarbeit) | M. 5.— pro Woche |
| Unverheiratete Frauen für dieselbe Arbeit 8 Stunden täglich | M. 3.75 pro Woche |
| Glasarbeiterinnen in der Lausitz erhalten für 54stündige Arbeitszeit | M. 7—8 pro Woche |
| In der dortigen Textilindustrie verdienen die Frauen im Afford | M. 7—8 pro Woche |
| In der Metallwarenfabrik Karl Hill, Langensfeld erhalten 16jährige Mädchen für 10stündige Arbeitszeit | M. 6.— pro Woche |
| 18jährige Arbeiterinnen verdienen in der Schlauchfabrik, Gotha, für 54stündige Arbeitszeit | M. 9.70 pro Woche |
| Thüringer Heimarbeiterinnen erhalten für Häfelarbeit | M. 2—3 pro Woche |

Das Bild
ist Eigentum
des Verlags
und darf
nicht
verkauft
werden



Finger gerührt haben, um diesen Skandal aus der Welt zu schaffen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Stimmorgan, veröffentlicht in den letzten Tagen einen Artikel, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, den Lohnabbau und die Arbeitszeitverlängerung noch weiter fortzuführen. Begründung: die deutschen Arbeiter müßten jetzt anfangen, ihren Anteil an den Opfern, die dem deutschen Volk durch das Sachverständigen-Gutachten auferlegt sind, zu tragen!

Die kommunistische Partei hat also Recht gehabt, wenn sie den Massen von vornherein sagte, daß die Lasten des Sachverständigen-Gutachtens auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abgewälzt würden. 2,5 Milliarden sollen jährlich aus den Knochen der deutschen Arbeiterschaft herausgepreßt werden. Und das Stimmorgan stellt fest, daß das am besten durch Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit und Erhöhung der Steuerlasten möglich ist.

Die breite Masse der Arbeiterinnen muß sich darüber klar sein, daß sie wiederum die ersten Opfer dieser erhöhten Ausbeutung sein werden. Wie immer, werden die Kapitalisten mit ihren Angriffen bei den schwächsten Teilen der Arbeiterschaft beginnen.

Schon sehen wir die ersten Auswirkungen des Sachverständigen-Gutachtens in der Textilindustrie, wo Massen von Frauen beschäftigt sind. In Neukirchenberg haben die Unternehmer schon versucht, die Frauen-

Hungerbilanz.

| | |
|--|-------------|
| Eine Schneiderin in Gotha verdient bei 48stünd. Arbeitszeit pro Woche | M. 8,— |
| Miete muß sie zahlen pro Woche | M. 4,— |
| Mit zwei Kindern braucht sie für 2 Broie wöchentlich | „ 1,50 |
| Für 1½ Pfund schlechte Margarine | „ 1,— |
| Für 10 Pfund Kartoffeln | „ 0,50 |
| Für Fleisch, Milch, Butter, Eier, Mehl, Zucker u. Gemüse, Heizung, Feuerung u. Licht, Kleidung u. Schuhzeug für sich u. ihre Kinder bleibt ihr dann noch wöchentlich | „ 1,— „ 8,— |
| | M. 0,00 |

arbeit an Samstagsnachmittagen wieder einzuführen. Hier sehen wir, wie sie in immer größerem Maße ihre Betriebe stilllegen und Massen von Frauen auf die Straße werfen.

Das Sachverständigen-Gutachten ist so gut wie angenommen. Die Londoner Konferenz hat nochmals die schärfste Ausbeutung des deutschen Proletariats bestätigt. Der Felszug der internationalen Kapitalisten gegen die deutsche Arbeiterschaft beginnt.

Nur die kommunistische Partei kämpft gegen das kapitalistische Sachverständigen-Gutachten. Dem Verschwärungsplan der internationalen Kapitalisten hat sie ein Sozialisierungsgesetz, das Sachverständigen-Gutachten der Arbeiter, entgegengestellt. Gegen die bevorstehenden Angriffe des Unternehmertums arbeitet die kommunistische Partei mit allen Kräften an der Revolutionisierung der freien Gewerkschaften, damit sie zu Kampforganisationen der arbeitenden Massen werden.

Arbeiterinnen! Genossinnen! Angesichts der weiteren Verschlechterung eurer elenden Lage unterstützt den Kampf der kommunistischen Partei! Wirket in den Betrieben mit euren Klassenbewußten Kollegen und Kolleginnen feste Betriebszellen, von denen aus ihr die Mobilisierung der Arbeiterschaft eures Betriebes organisiert! Helft den revolutionären Arbeitern und Arbeiterinnen in den Gewerkschaften, diese zu mächtigen Organisationen der kämpfenden Arbeiterschaft zu machen! Wehrt euch ein in die Kampffront des revolutionären Proletariats!

Bei den schlesischen Textilarbeiterinnen.

Die Eisenbahn fährt uns durch die schönsten Gegenden Schlesiens. Neben Badeorten, in denen die Satten und Reichen sich „erholen“, liegen die Industriestädte.

Schlesien ist durch seine Textilindustrie bekannt. Die Zeit der schlesischen Weber ist in der Arbeiterbewegung noch nicht vergessen. Und heute noch sitzen die Weber und weben die feinsten Sinnen für ihre Ausbeuter und das harte Leinen für das grobe Gewebe der Gefängnisstrafe.

Wer das Land Schlesien in der schönsten Natur so daliegen sieht, könnte beim ersten Anblick glauben, daß hier nur glückliche Menschen wohnen müssen. Aber sehen wir uns ihre Lebensverhältnisse einmal etwas genauer an.

Es ist Mittagspause. Die Straßen füllen sich mit den Lohnsklaven der Fabrikherren. Die Frauen rufen sich ein heißes „Weiß gesund!“ zu und eilen nach Hause. Die 1½stündige Mittagspause muß ausgenutzt werden für häusliche Arbeiten.

In den Blicken der Menschen liegt ein stumpfes Dahinbrüten. Man merkt ihnen den Druck des täglichen Einerleis an. Wer die Verhältnisse nicht kennt, kann sich gar nicht vorstellen, wie schwer diese Menschen zu leiden haben.

Schon ein Blick in ihre Wohnungen gibt ein Bild von ihrem trostlosen Dasein. Die Wohnungen der Arbeiter bestehen fast alle nur aus einem kleinen Berraum und einem Zimmer. Ein weiteres Zimmer ist schon ein ungeheurer Luxus. In diesen „Wohnungen“ leben sechs bis zwölfköpfige Familien. Zu drei und vier sind sie in einem Bett einquartiert. Erwachsene Söhne und Töchter von 20 Jahren müssen mit ihren Eltern denselben Raum teilen. In dieser Gegend haben die Pfaffen noch einen großen Einfluß. Besonders nutzen sie ihren Einfluß aus, um den gläubigen Seelen den Wahlpruch: „Viel Kinder, viel Segen“ beizubringen. —

Wie sind nun die Arbeitsverhältnisse? Der Lohn der Arbeiter und Arbeiterinnen ist ein wahrer Hohn. Am schamlosesten werden die Frauen ausgebeutet. Durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes ist ja auch das Arbeiterinnen-Schutzgesetz zum Teufel gegangen.

Nachdem man für das Weben mit zwei Stühlen das Weben mit vier Stühlen eingeführt hat und die Leistungen auf diese Weise gesteigert sind, hat man die Löhne abgebaut. Das Akkordsystem findet mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokraten volle Anwendung. Für diese Schinderei bezahlt man den Arbeiterinnen einen wahren Bettelohn.

Massen von Frauen müssen ihre Kinder in die sogenannte Ziehschule bringen. Sie sparen sich alles vom Munde ab, um wenigstens ihren Kindern das Lebensnotwendigste geben zu können. Natürlich hat das seine Auswirkung auf den Gesundheitszustand. In manchen großen Betrieben werden täglich 20 bis 25 Frauen herausgetragen, weil sie den Anforderungen nicht mehr gewachsen sind. Hinzu kommt ja noch die schwere Last, die durch die häuslichen Arbeiten auf ihnen liegt.

Wir haben ein großes Arbeitsfeld unter diesen Frauen. Die Betriebsräte müssen endlich gezwungen werden, sich für die Interessen der Arbeiterinnen einzusetzen. Jetzt kündigt man ihnen in den Betrieben eine weitere Arbeitszeitverlängerung an.

Nach dem Streik der Porzellanarbeiterinnen in Wabenburg haben sich die Gewerkschaftsbürokraten auf den Standpunkt gestellt, daß die Arbeiterinnen lieber 10 Stunden oder länger arbeiten sollen, als daß der Betrieb geschlossen wird. Hinweg mit diesen Verrätern!

Mit verdoppelter Kraft müssen wir diese Arbeiterinnen für uns gewinnen, damit sie sich einreihen in die Front des revolutionären Proletariats und unter der Führung der kommunistischen Partei den Kampf gegen unsere Ausbeuter aufnehmen.

In der Ziegelei.

Nach einer Versammlung in Stettin trat eine junge Arbeiterin an mich heran. Ich hatte in meinem Referat u. a. auch von dem Einfluß der Kirche auf die Massen von Frauen gesprochen. Daran antwortend, erzählte sie mir ungefähr folgendes:

„Ich bin erst ganz kurze Zeit in der Bewegung, Genossin. Ich habe lange Zeit als Magd auf dem Lande gearbeitet. Dort war ich ganz abgeschlossen von der Außenwelt. Ich fühlte mich sehr einsam. Und als ich wieder einmal ganz verzweifelt war, bat ich meine Herrschaft, mich einmal mit in die Kirche zu nehmen. Sie tat das auch. Und ich bin wirklich mit heiliger Andacht in den Gottesdienst gegangen.“

In der Kirche mußten sich die Dienstmädchen und die Knechte auf die hinteren Bänke setzen, während die Herrschaft auf den vorderen Bänken Platz nahmen. Ich machte mir zu-

nächst nichts daraus und hörte ganz andächtig den Worten des Pastors zu. Nachher empfing ich auch das Abendmahl. Auf dem Heimweg wurde ich dann plötzlich von meiner Herrschaft heftig ausgescholten. Sie warfen mir vor, daß ich beim Abendmahl an den ersten Tisch getreten sei, wo doch der Letzte für die Dienstboten bestimmt war. Das traf mich wie ein Schlag ins Gesicht. „Aber ich denke, wir sind in der Kirche alle gleich?“ fragte ich. „Was sich die Dienstmädchen heute nicht alles einbilden,“ sagte darauf die Frau. Da bin ich nie wieder zur Kirche gegangen.

Kurz darauf bin ich in eine große Ziegelei hier in der Umgegend gekommen. Obgleich diese Ziegelei die größte in der Umgebung war, arbeiteten wir unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen. Der Ziegeleibesitzer war ein Emporkömmling. Und um so schamloser hat er uns ausgebeutet.

Niemand von den Arbeitern und Arbeiterinnen durfte organisiert sein. Wenn es herauskam, daß einer organisiert war, flog er gleich auf die Straße. Die Arbeiter und Arbeiterinnen (es waren auch viele Mädchen darunter) ließen sich das aber alles gefallen. Obgleich wir für ein Trinkgeld arbeiten mußten, taten sie alles, um ja nicht herauszufliegen.

Der Meister konnte sich sogar herausnehmen, uns zu schlagen. Sehr oft schlug er auch auf die Arbeiter ein. Aber die Arbeiter rührten sich nicht.

Einmal fing ein Süddeutscher bei uns an, der schon ein sehr aufgeklärter Arbeiter war. Er war ein Revolutionär und hat in den Pausen immer zu uns gesprochen. Der wollte sich die Schinderei nicht gefallen lassen und ist gegen den Meister

Auf der Londoner Konferenz wurde beschlossen, die Separatisten aus den Gefängnissen zu entlassen.

Wo bleiben unsere 7000?

aufgetreten. Bei jeder Gelegenheit hat er uns in Schutz genommen. Er hat auch dafür gesorgt, daß wir eine Lohnaufbesserung bekamen.

Aber als er nach kurzer Zeit auf die Straße flog, sind die Arbeiter nicht für ihn eingetreten. Sie haben zwar bedauert, daß er nun nicht mehr unter uns war, aber kämpfen wollten sie nicht für ihn.

Bisher hatte ich noch Freude an meiner Arbeit gehabt. Ich war eine gute Arbeiterin gewesen. Aber nun haßte ich diese Schinderei. Und bald bekam ich mich auch mit dem Meister in die Haare. Er schlug mich. Ich wehrte mich mit einem Holzpantoffel, so gut ich konnte. Und die Arbeiter standen dabei und haben sich das alles mit angesehen.

Gesundheitlich kam ich immer weiter herunter. Einmal fragte mich der Meister, warum ich denn immer so schlecht aussähe. Ich zeigte ihm das trockene Brot, das ich als Frühstück mit hatte, denn Ausfrisch konnte ich mir für den Hundelohn nicht leisten. Die andern Mädchen legten daraufhin die Köpfe auf den Tisch und schickten darüber. Warum sollte ich mich aber von dem alten Heuchler verpöten lassen?

Ich habe dann wie der herausgeworfene Kollege versucht, die Mädel und die Arbeiter zu bewegen, sich doch nicht alles gefallen zu lassen. Einmal hatte sich sie wirklich soweit, daß sie die Arbeit niederlegten. Zuerst die Mädel. Die Männer turrten und wollten nicht mitmachen. Aber schließlich konnten sie nicht anders, wenn sie sich nicht sterblich blamieren wollten.

Ich habe mich dann ganz allein mit dem Gewerbegericht in Verbindung gesetzt. Meine Kollegen und Kolleginnen wälzten alles auf mich ab. Schließlich haben wir mit einem Teilerfolg die Arbeit wieder aufgenommen.

Nun haben sie doch einigen Respekt vor mir. Sie hören jetzt wenigstens auf mich. Ich halte ihnen natürlich immer ihre Feigheit vor. „Necht hat das Mädel schon,“ sagen sie meistens. Weißt du, Genosin, man darf eben nicht verzweifeln. Nun arbeite ich in der Partel. Es kann mir gar nicht genug werden, denn jetzt weiß ich doch wenigstens, wofür ich eigentlich da bin.“

Diese tapfere Arbeiterin ist jetzt eine der aktivsten Funktionärinnen unserer Stettiner Parteiorganisation.

Arbeiterin und Gewerkschaft.

Die kommunistische Internationale hat die Arbeiter aller Länder aufgerufen, mit verdoppelten Kräften an der Revolutionierung der freien Gewerkschaften zu arbeiten.

Auch die Arbeiterinnen müssen diese Aufgabe mit erfüllen helfen. Besonders im Textilarbeiterverband sind viele Frauen organisiert.

Wir wissen, daß es vielen Arbeiterinnen schwer fällt, den Kampf gegen die verräterischen Gewerkschaftsböuzen zu führen. Nachstehend veröffentlichen wir deshalb einen Auszug aus

der Broschüre von Isa Straffer über „Arbeiterin und Gewerkschaft“, der sich mit den häufigsten Argumenten der Frauen gegen die Arbeit in den freien Gewerkschaften beschäftigt:

Noch seid ihr nicht überzeugt, daß so, wie der liebe Gott angeblich dem Starke hilft, auch die Gewerkschaften euch in eurer Not helfen werden, wenn ihr nur stark und einig seid. Denn, so murren etliche von euch: „Was nützt uns alle Solidarität, aller Kampfesmut, alle Opferfreudigkeit, letzten Endes machen die Gewerkschaftsböuzen doch mit uns, was sie wollen. Da kommen sie und schwören hoch und heilig vor einer Lohnverhandlung: „Nicht einen Pfennig werden wir von den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft preisgeben.“ Zwei Tage darauf aber verkünden sie, daß es nur so und nicht anders ging, daß man zu einem „Ausgleich“ kommen müsse, daß man aber trotzdem einen „achtunggebietenden Erfolg“ erlangen hat und was dergleichen leere Liebessarten mehr sind. Die Größe des Erfolges kann man dann so recht anschaulich studieren, wenn man am Wochenende einkaufen geht, und trotz Preisabtau oder „Lohnaufbau“ weniger vom Markte heim bringt, als in der Woche zuvor. Wahrlich, wenn man das so eine Weile mitgemacht hat, ist es kein Wunder, wenn man den ganzen Schwindel satt kriegt und von den Gewerkschaften überhaupt nichts mehr wissen will.“ Da sind wir nun glücklich so weit wie zuvor. Aber noch geben wir es nicht auf, auch unzufriedene, mit vollem Recht unzufriedene Gewerkschafts-genossinnen davon zu überzeugen, daß es unflug, ja gefährlich ist, das Kind mit dem Bade ausschütten zu wollen, die Gewerkschaften zu verwerfen, weil die Führer oft nichts taugen.

Ein paar aus dem Aktiegeldkampf gequälte Weisviele mögen zeigen, daß es so ist, wie wir sagen, daß die Arbeiterinnen, wenn sie nur ernsthaft wollen und solidarisch handeln, etwas erreichen können trotz der bremsenden Gewerkschaften, ja unter Umständen mit ihnen, durch sie.

In Neuentirchen im Erzgebirge treten die Heimarbeiterinnen in den Streik. Die Gewerkschaft will zunächst nichts davon wissen, aber die Arbeiterinnen lassen sich nicht irre machen, denn handelt es sich auch nur um eine Lohnerböuzung von ein paar Pfennigen, für die Vielgeschundenken und Vielgeplagtesten aller Ausgebeuteten, die sich mit 10, ja 5 Pfennig in der Stunde begnügen sollen, sind diese paar Pfennige Goldbestwert, und kein kluger Rat der Gewerkschaften, keine Drohung der Unternehmer vermag sie abzuschrecken, den Ausweg im Kampfe zu suchen. Die Gewerkschaften aber, dem einmütigen zielbewussten Druck der Arbeiterinnen nachgebend, können nicht umhin, den Kampf anzuerkennen und sich hinter die Kämpfenden zu stellen. Nach drei Wochen hartnäckigen Ringens haben die tapferen Arbeiterinnen den Sieg errungen.

Ober: Im Wuppertal soll in den Textilfabriken die neunstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Die Arbeiterinnen, besser als die Männer begreifend, was das für sie bedeutet, beschließen, sich das nicht gefallen zu lassen. Sie halten Versammlungen ab, stellen die Verbindung her mit sämtlichen Betrieben des Industriebezirktes, beschließen den Streik. Die Gewerkschaftsführer suchen zu „beschwichtigen“, „abzuraten“, „zurückzuhalten“, umsonst. Die Arbeiterinnen bleiben fest. Die Unternehmer greifen zur Waffe der Ausperrung. Den Gewerkschaften bleibt, wollen sie die Arbeiterinnen nicht mit Gewalt aus den Organisationen treiben, nichts weiter übrig, als den Streik anzuerkennen und die Streikenden zu unterstützen. Nach acht Wochen zähen Ringens endet der Kampf dann freilich mit einer Niederlage der Arbeiterinnen. Doch wirklich mit einer Niederlage? Wer wagt zu bestreiten, daß diese Arbeiterinnen durch die Wachtprobe mit dem Unternehmertum, in ihrem Selbstebewußtsein gestärkt, ganz anders für kommende Kämpfe gerüstet sind, als wenn sie den „Augen“ Mahnungen ihrer Führer gefolgt wären und sich widerstandslos dem Machtpruch der Unternehmer gefügt hätten.

Erwerbslosigkeit und Prostitution.

Auf einem Spaziergang durch den Leipziger Wald traf ich einen Schuhmann, der ein junges Mädchen festgenommen hatte, weil sie den Männern ihren Leib angeboten hatte. Auf die Frage, warum sie es getan, antwortete sie: „Ich bekomme von der Stadt Leipzig 2,75 Mark Erwerbslosenerstützung, muß aber 3,— Mark allein für meine Schlafstelle bezahlen. Weil ich nun keine Arbeit bekomme, muß ich es tun, um nicht zu verhungern.“

In der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ lese ich nun folgende Notiz:

„Die Witwe Sch. wurde Mitte Dezember vorigen Jahres arbeitslos und beantragte Erwerbslosenerstützung. Diese wurde ihr auch genehmigt. Sie erhielt bis Ende Juni ihre Unterstüzung. Am 30. Juni, als sie wieder zum Arbeitsamt kommt und dort ihre kumpigen paar

Pfennige abholen will, bekommt sie eine Bescheinigung, auf der wörtlich folgendes steht:

„Frau Sch. kann Erwerbslosenunterstützung nicht mehr erhalten, da anzunehmen ist, daß die Sch. durch Untervermietung an eine Prostituierte so viel Einkommen hat, daß Bedürftigkeit nicht mehr anerkannt werden kann.“

gez. Gläzner.“

Wenn man Vorstehendes überdenkt, kann man zu der Auffassung kommen, daß die Stadt Leipzig mit ihrer niedrigen Erwerbslosenunterstützung sich Prostituierte ziehen will, um auf andere Weise wieder an Unterstützung zu sparen. Wir sehen hieraus, wie weit die sozialen Einrichtungen der Kommunen im kapitalistischen Staat gesunken sind. Hier gibt es nur eins: alle Frauen müssen sich an die Seite ihrer Männer stellen und mit ihnen für die Verbesserung ihrer Verhältnisse kämpfen. Und das kann nur geschehen in den Reihen der Kommunistischen Partei.

Kurzarbeit.

Neulich komme ich auf dem Wege zu meiner Arbeitsstätte — Montag früh — mit einer alten, weißhaarigen Frau ins Gespräch. U. a. erfahre ich, daß sie zwei erwachsene Söhne hat. Jetzt aber müßten sie beide kurzarbeiten, worüber sich die Frau bitter beklagt. Auf meine nähere Frage erzählt sie mir, daß sie auch in die Fabrik geht und jetzt ebenfalls nur noch drei Tage arbeiten darf.

Ich komme ins Geschäft. Die Sonntagserlebnisse werden ausgetauscht. Eine Kollegin erzählt, daß sie am Sonntag einen Ausflug nach einem kleinen Badeort in der Umgebung gemacht hat. „Dort habe ich eine junge, reiche Fabrikbesitzerfrau gesehen. Diese Eleganz! Ich kam mir ihr gegenüber ganz schäbig vor und sie sah mich auch immer sehr von oben herab an. Bekannte erzählten, daß diese Dame sogar auf ihren Ballschuhen Brillanten trage. Sie wollte auf längere Zeit zur Erholung in die Schweiz reisen.“

Da empfand ich den Gegensatz so recht kraß heraus. Auf der einen Seite eine abgehärtete, alte Frau, die darüber klagen muß, daß sie nicht länger arbeiten „darf“ und auf der anderen Seite junge, gesunde Frauen, die zur „Erholung“ in die Schweiz reisen müssen...

Wahrlich, eine göttliche Weltordnung!

R. N., Leipzig.

Aus Sowjet-Rußland.

Die Arbeit der KPR. unter den Frauen.

Um unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen eine besondere Agitation zu betreiben, hat die Partei einen Apparat für die Arbeit unter den Frauen geschaffen. Vom ersten Augenblick der Arbeit an trat es klar zutage, daß man die des Lesens unkundige, unter schweren Verhältnissen lebende Arbeiterin nicht um vielversprechende Lösungen über eine künftige Glückseligkeit, sondern nur um eine tatkräftige praktische Arbeit zur Verbesserung ihrer Lage, der Lage ihrer Kinder, der Familie usw. sammeln könne.

Die Heranziehung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zur Beteiligung an der praktischen Arbeit bildete die Grundlage der gesamten Agitationsstätigkeit der KPR. unter den werktätigen Frauenmassen.

Mehr als fünf Jahre betätigten sich die Abteilungen für die Arbeit unter den Frauen an der kommunistischen Erziehung der Arbeiterin und Bäuerin, und die bei dieser Arbeit gesammelten Erfahrungen beweisen, daß die von der Partei vom ersten Augenblick dieser Arbeit an angewandten Methoden die richtigen waren. In dem Maße, wie die Arbeit zunahm, wurden diese Methoden vertieft und entwickelt.

Die Notwendigkeit einer Konzentrierung der Industrie hat einen gewissen vorübergehenden Abbau der an der Produktion beteiligten Arbeitskräfte notwendig gemacht. Dieser Abbau konnte natürlich auf die Arbeiterinnen eine schädliche Wirkung ausüben, besonders in jenen Betrieben, in denen sie eine weniger qualifizierte Arbeitskraft darstellt und nur Hilfsarbeiten ausführt. Damit nun eine möglichst große Anzahl von Arbeiterinnen in der Produktion bleibe, haben das Volkswirtschaftsministerium für Arbeit und der Russische Gewerkschaftszentralrat eine Reihe von Rundschreiben erlassen, worin auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, beim Abbau weiblicher Arbeitskräfte Vorsicht zu beobachten. Es ist nicht gestattet, Frauenarbeit durch Männerarbeit zu ersetzen. Alleinlebenden Arbeiterinnen, Arbeiterinnen mit Familienanhang, Schwangeren und wachsenden Müttern wird eine Reihe von Vorrechten gewährt. Zur Abbaukommission muß unbedingt eine Vertreterin der Frauenabteilung gehören. Die Abteilung sendet

besondere Vertreter zur Arbeit in die Arbeitsbüros, die den Arbeitslosen Unterstützungsgelder zahlen und ihnen Arbeit nachweisen. Arbeitslose Frauen mit Familienanhang erhalten eine Reihe von Vorrechten bei der Auszahlung von Unterstützungen und beim Arbeitsnachweis. Auf diese Weise bieten auch in dieser Frage die Partei, die Gewerkschaften und die Sowjetorganisationen alles auf, um die Arbeiterinnen selbst zur unmittelbaren Beteiligung an der Durchführung der Maßnahmen zu veranlassen.

Die Hauptmaßnahmen zur Verbesserung der Lage der Frauenarbeit in der Produktion bildet die Erleichterung der weiblichen Arbeitskraft. Auch auf die Lösung dieser Frage richten sich die Bemühungen sämtlicher Organisationen, zu deren Gebiet die Fachausbildung gehört. Der Russische Gewerkschaftszentralrat weist die Gewerkschaften an, den heranwachsenden Mädchen in den Betriebschulen für Fachausbildung eine bestimmte Anzahl von Plätzen zu reservieren. Das Hauptkomitee für Fachausbildung weist in einer Reihe von Rundschreiben an die Lokalabteilungen auf die Notwendigkeit hin, die Arbeiterinnen und Arbeiter in dem gleichen Verhältnis, wie sie in der Produktion beschäftigt werden, in die Fachschulen hineinzuziehen. Um den Arbeiterinnen die Möglichkeit des Besuchs von Fachschulen zu erleichtern, hat das Kommisariat für Volkswirtschaft angeordnet, die Kinder von Arbeiterinnen, die Fachschulen besuchen wollen, außer der Reihe in die Kinderheime aufzunehmen. Und der Umstand, daß Arbeiterinnen zu Wahlorganisationen der Gewerkschaften gehören, mit deren Hilfe die Fachausbildung gehandhabt wird, bietet gewissermaßen eine Garantie dafür, daß diese Anordnungen in der Provinz gewissenhafte Durchführung finden. In den Betriebskomitees bilden die Arbeiterinnen 14 Prozent der Mitglieder. In den Gewerkschaften der Textilarbeiter, der Konfektionsarbeiter, der Lebensmittelarbeiter, der Sanitätsarbeiter, der Arbeiter der Volkswirtschaft steigt dieser Prozentsatz auf 30,8.

Die Aufgabe der wahren Befreiung der werktätigen Frauen geht unaufhaltsam ihrer Verwirklichung entgegen.

Die von der Sowjetregierung geleistete Arbeit zur Befreiung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen liefert für die Arbeiterinnen und Bäuerinnen des Westens den besten Beweis dafür, daß sie nur nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats gemeinsam mit der Arbeiterklasse an der Verwirklichung der wahren Gleichberechtigung der werktätigen Frauen arbeiten können.

Arbeiterinnen!

Die „Kommunistin“ hat sich zur Aufgabe gemacht, sich rücksichtslos für Eure Interessen einzusetzen. Unterstützt Eure Zeitung in ihrem Kampfe! Schreibt Eure Erlebnisse im Betrieb, Eure Löhne und Arbeitsbedingungen auf, und sendet sie an die Redaktion der „Kommunistin“, Berlin C. 54, Rosa Luxemburgstraße 33.

Vom Schulstreik in Gotha.

Schon über 14 Tage streiken 600 Gothaer Schulkinder. Seit Ostern sind 80 Kinder aus der Schule ausgesperrt worden, weil sie die Versuchsschule in Sundhausen (bei Gotha) besuchen wollten. Diese Maßnahmen der Thüringer Regierung gegen die Freidenkerbewegung und gegen die Freidenkerlehrer zwangen die Eltern und Kinder zu diesem Streik.

Die Regierung und die Schulleitung drohen, mit allen Mitteln einzugreifen, um die Kinder in die Schule zurückzubringen. Der Schulleiter Schwendler erklärt, man würde nicht davor zurückschrecken, die Kinder

durch Polizei und Gummiknüppel

in die Schule zu bringen. Die Kinder bekommen Strafmandate oder drei Tage Haft.

Die Stimmung unter den Kindern ist glänzend. Sie werden mit Turnen, Spielen, Ausflügen und Gesang unterhalten. Auch ist ein regelrechter Unterricht für sie eingerichtet worden, wo sie abwechselnd stundenweise am Tage unterrichtet werden.

Der Streik hat sich jetzt ausgebreitet auch auf andere Ortschaften. Alle Versuche von seiten der Freidenkerbewegung, eine Einigung mit der Thüringer Regierung zustande zu bringen, scheiterten. Man erklärt, mit allen Mitteln dafür sorgen zu wollen, daß dieses der letzte Schulstreik sei, daß „Ordnung“ geschaffen werden solle.

Wir kennen die Maßnahmen dieser „Ordnungs“-Regierung. Den Kampf gegen die Unterdrückung der Freidenkerbewegung werden wir mit allen Mitteln weiterführen.

J. S., Gotha.